



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Nationalitätsgedanke und das neue Mitteleuropa

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Nationalitätsgedanke und das neue Mitteleuropa



ie politische Entwicklung des neunzehnten Jahrhunderts wurde stark bestimmt durch den Nationalitätsgedanken. Wie eine elementare Kraft setzt sich der Gedanke nationaler Einheit durch seit der inneren Erschütterung des politischen Seins Gesamteuropas durch Napoleon den Ersten. Die Einigung Deutschlands und Italiens, geleitet von den Machtbedürfnissen je eines Teilstaates, wurde getrieben von dem Einheitswillen des ganzen Volkes oder doch seiner überwiegenden Mehrheit. Das „Nationalitätsprinzip“ wurde eine historische „Idee“, das heißt ein Willensziel, eine Forderung, die eine starke Wirkung in der Geschichte ausübte, natürlich nicht, wenn es auch vielen so erschien, weil dies Prinzip ein wirkliches „historisches Gesetz“ war oder ist, sondern weil eben viele Menschen mit fast religiöser Inbrunst daran glaubten, ihm ihr ganzes Können und Wollen, ja das Leben weiheten. Die Einheit Deutschlands ist zwar das Werk zumeist bestimmter Menschen, aber doch gestützt und getragen von dieser „Idee“. Höchste Güter, edelste Leidenschaften, reinsten Opfermut wurden lebendig für den Begriff: nationale Einheit.

Sehr bald aber begriffen die alten, bestehenden staatlichen Mächte, daß sie auch die erhobene Idee des nationalen Staates in ihren Dienst stellen konnten, in den Dienst ihrer Machtinteressen. Gerade die beiden Staaten, die seit langem national geeint waren, proklamierten das Nationalitätsprinzip — obgleich sie beide in ihrem Machtbereich Teile fremder Staaten umfaßten: England die Iren, Frankreich die Deutschen im heutigen Reichslande. Gerade Napoleon der Dritte dachte nicht daran, so eifrig er sonst für das Nationalitätsprinzip einzutreten schien, irgendeinen Anstoß daran zu nehmen, das nichtfranzösische Elsaß zu behalten, das nichtfranzösische Belgien oder die Pfalz, zu erstreben, das nichtfranzösische Nizza mit Frankreich zu vereinen. Für die nichteuropäischen

Völker wollte niemand das Prinzip anwenden — seine angeblichen Vorkämpfer dehnten ihre Kolonialmacht immer weiter aus. Seine eigene Macht wollte Napoleon erweitern, wenn er vorgab, für Italiens nationale Selbständigkeit zu kämpfen; er wollte nur an Stelle der österreichischen die französische Herrschaft über Italien setzen. Wenn ihm, durch Covours Geschick, die Leitung entglitt und das nationale Italien unabhängig sich hinstellte, so war das eine historische Ironie.

Solange wir selbst die nationale Einigung erstrebten — oder zu erstreben glaubten —, war der Glaube an das Nationalitätsprinzip uns eine starke Förderung. In Wahrheit erstrebten wir ja keineswegs Durchsetzung des Nationalitätsprinzips — nur wenige Doktrinaire wollten die Polen aus dem neuen Deutschland ausschließen um des Prinzips willen, wollten Nordschleswig oder Grenzgebiete des Reichlandes nicht einverleiben —, sondern den starken Staat. Was in uns mächtig war, war im Grunde gar nicht der Nationalitätsgedanke, sondern der Staatsgedanke. Einen selbständigen, starken Staat wollten wir aufbauen, der freilich in seiner Art deutsch war, dem aber nicht nur Deutsche und nicht alle Deutschen angehören sollten.

Fragte man — und fragt man — eifrige Verfechter des Nationalitätsgedankens nach den entscheidenden Merkmalen, an denen man erkennt, wo die Grenze des Nationalitätsstaates zu ziehen sei, so wird immer wieder die Sprache genannt. Nun umfaßt ganz gewiß gemeinsame Sprache als festes Band ein Volk. Durch die Sprache fühlen wir uns den Deutschschweizern und Deutschösterreichern aufs engste verbunden. Sie schafft eine neue Bindung in der durch sie entstehenden gemeinsamen Geisteskultur. Und doch: wir empfinden es deutlich genug, wie uns von den Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen so mancherlei scheidet. Die Deutschschweizer sind eben Schweizer und nicht Deutsche. Die Sprache allein macht keine Volksgemeinschaft aus. Engländer und Amerikaner reden und schreiben dieselbe Sprache — sie fühlen sich aber durchaus als einander fremde Nationen, sie haben auch verschiedene Geisteskultur. Gemeinsame Sprache, Kultur und Geschichte, gemeinsame Wirtschaftsinteressen usw., gemeinsame Abstammung helfen nur eine Nation schaffen; entscheidend ist immer erst der Wille zum Staate, der Wille, eine Nation bilden zu wollen.

Uns Deutschen ist der nationale Gedanke förderlich gewesen, zum Staatsgedanken und besser noch, zum Staate zu kommen. Aber derselbe nationale Gedanke wirkte anderswo zerfetzend. Die national fest einheitlichen Staaten waren deshalb so große Rufer im Streite für das Nationalitätsprinzip, weil ihre Gegner und Mitbewerber nicht national einheitlich waren. Das Nationalitätsprinzip, als Glaubens- und Willensinhalt, mußte also die europäischen Mächte außerhalb Frankreichs und Englands, besonders die Ostmächte, schwächen. Der Nationalismus zertrümmerte die Türkei — nebenbei aber erwarb Frankreich Tunis, England Cypern und Ägypten. Der Nationalismus entriß

Österreich die Herrschaft in Italien und in Deutschland, Frankreich stand bereit, seine Erbschaft anzutreten. Der Nationalismus drohte auch weiter Österreich in sich zu zerlegen. Rußland suchte, scheinbar mit Glück, den Nationalismus durch den Panlawismus unschädlich zu machen, das eine Schlagwort durch das andere, ihm zuträglichere, zu übertrumpfen. Eine weitere Herrschaft des Glaubens an den nationalen Staat kann in Mitteleuropa nur zerlegend, nicht mehr kräftigend wirken — zum Vorteile besonders Englands. Wir Deutsche aber müssen uns fragen: kann der Gedanke des nationalen Staates uns nützen oder schaden, nachdem einmal das Deutsche Reich geschaffen war? Glauben wir auch fernerhin daran, Staatsgrenze und Sprachgrenze müßten sich decken, so ist nicht abzusehen, welche Machterweiterung für uns möglich sein sollte. Wollten wir das „Nationalitätsprinzip“ durchführen, so müßten wir die deutschredenden Teile der Schweiz und Österreichs an uns reißen — dafür aber die nicht deutsch redenden Teile des jetzigen Reichsgebietes loszuwerden suchen. An beides aber denkt wohl niemand außerhalb eines sehr beschränkten doktrinären Kreises. Eine Machterweiterung aber brauchen wir, das zeigt die Geschichte dieses Krieges. Wir müssen uns sichern gegen ähnliche Angriffe. Da außerhalb der Reichsgrenzen Deutschredende nur in befreundeten Ländern wohnen, müssen wir den notwendigen Machtzuwachs außerhalb des deutschen Sprachgebietes suchen.

Nun gibt es in Europa längst Staaten, die von anderen „Ideen“ zusammengehalten werden als von nationalen Gedanken. Es gibt Nationen, die mehrere Völker umfassen. Die Schweiz und Österreich-Ungarn werden zusammengehalten trotz trennender Sprachgrenzen, durch gemeinsame Geschichte, gemeinsame Wirtschaftsinteressen, geographische Verhältnisse. Rußland — soweit nicht reine Militärmacht widerstrebende Elemente niederhält wie in Polen, Finnland, mohammedanischen Gebieten — verbindet die nationale Kirche, freilich auch wirtschaftsgeographische Abhängigkeiten. In diesen Staaten siegt der Staatsgedanke über den Volksgedanken. Eine Staatsnation wird eben nicht durch die Sprache gestaltet, sondern durch eine ganze Reihe von „Ideen“. Auch wir müssen uns daran gewöhnen, Sprachvolk und Staatsnation auseinander zu halten. Wir müssen es lernen, daß der polnisch redende Preuze doch deutscher Staatsbürger sein kann und sein will. Wir müssen auch in uns den Staatsgedanken über den Volksgedanken siegen lassen, wir müssen den in uns lebendigen Nationalismus nicht radikal werden lassen.

Ein alter Grundsatz soliden Kaufmannstums ist es, daß bei jedem Handel Käufer und Verkäufer gleich zufriedengestellt werden müssen. Beide müssen in jedem Vertrage ihre Interessen möglichst gut gewahrt finden; nur auf dieser Grundlage sind dauernde Handelsbeziehungen zu erwarten. So ist es auch in der Politik. Nur ein Vertrag, ein politisches Verhältnis, in dem beide — oder alle — Beteiligten auf ihre Kosten kommen, verspricht Dauer. Nicht Herren und Knechte, sondern Geschäftsfreunde sollte es im politischen Leben geben. Gemeinsame Interessen allein verbinden. Ob diese „Interessen“ ideeller

oder materieller Art sind, tut dabei nichts. — So kann ein neues Mitteleuropa auch nur dann dauerhaft geschaffen werden, wenn in ihm alle Beteiligten ihre Interessen am besten gewahrt sehen.

Nehmen wir ein Beispiel, das zunächst rein theoretisch sein wird. Eine Verbindung Hollands mit Deutschland ist nur dann dauerhaft und glücklich, wenn sowohl die Holländer wie die heutigen Reichsdeutschen in ihr ihren Vorteil am besten gewahrt sähen. Gewinn und Verlust müßten gleich verteilt sein. Darum wird kein deutscher Politiker daran denken, Holland irgendwie zu einem Anschluß an das Reich bewegen zu wollen, selbst wenn das Reich nach dem Frieden die Macht dazu hätte. Nur dann könnte man solchen Anschluß auch bei uns wünschen, wenn Holland ihn wünschte und in ihm seine Rechnung zu finden glaubte. Daß es für das Reich vorteilhaft wäre, eine deutsche Rheinmündung, eine deutsche Seeküste gegenüber England zu gewinnen, ist ja klar. Doch kommt es — für den weit und tief blickenden Politiker nicht hierauf an, sondern darauf, ob beide ihren Vorteil finden. Das könnte vielleicht dann der Fall sein, wenn Holland vom Anschluß an uns einen wesentlichen Machtzuwachs hätte. Gesezt, der Krieg würde von uns siegreich zu Ende geführt, so könnte sich unser Verhältnis zu Holland vielleicht folgendermaßen gestalten:

Holland tritt mit uns in Zoll- und Wehrgemeinschaft, behält aber in allem übrigen seine volle Selbständigkeit. Es erhält dafür das flämische Belgien einschließlich Antwerpen.

Gewinn für uns: deutsche Rheinmündung, größere Flottenbasis, Handelsfreiheit auch in Hollands Kolonien.

Gewinn für Holland: Vergrößerung um etwa  $3\frac{1}{2}$  Millionen stamm- und sprachverwandte Bürger, Schutz der holländischen Überseeinteressen durch unsere Seemacht, große Steigerung seines Handels.

Nachteil für Holland: eine geringe Einbuße an Selbständigkeit, größeres Risiko einer Teilnahme an Welthändeln, Verbindung mit Konfessionsfremden, vielleicht größere Zoll- und Wehrlasten.

Nachteil für uns: Verzicht auf flämisch-Belgien, größere Reibungsflächen (z. B. Hollands amerikanische Besitzungen!).

Ich könnte mir theoretisch denken, daß in dieser Gestaltung Deutschland wie Holland ganz auf ihre Rechnung kämen. Das Beispiel soll aber rein theoretisch sein — wenn nicht aus Holland selbst der Wunsch an uns herantrete, mit uns in ein näheres Verhältnis zu treten. Das Beispiel soll nur zeigen, wie in der Gestaltung eines Verhältnisses zweier Staaten zu einander Gewinn und Verlust auf beiden Seiten gleich sein müssen, wenn das Verhältnis Aussicht auf Dauer haben soll. So wie mit Holland, müßte es aber mit allen den Staaten und Völkern sein, die in dem neuen Mitteleuropa in dieser oder jener Form zusammengefaßt werden wollten.

Jedenfalls aber müssen wir den alten Staatsgedanken, der auf dem Nationalitätsprinzip aufgebaut erschien, neu zu gestalten suchen. Das Nationalitäts-

prinzip kann in Mitteleuropa nicht zu Verhältnissen führen, die friedliche Dauer haben können. Dazu sind die Völker viel zu sehr ineinander geschachtelt. Wir müssen uns nach Ideen umsehen, die ebenso stark sind wie der nationale Gedanke, und die doch nicht zersplitternd, sondern einigend wirken.

Möglich, daß eine solche Idee schon das Wirtschaftsleben bietet. Möglich, daß Wirtschaftsgemeinschaft wie einst in Deutschland Stammes- und Einzelstaatsgrenzen, so in Europa Sprach- und Einzelstaatsgrenzen zu überbrücken imstande ist. Das würde eine mitteleuropäische Wirtschafts-, vielleicht Zollgemeinschaft ergeben. Vielleicht aber gibt es auch andere Bedürfnisse, andere überall in Mitteleuropa vorhandene Willensziele, die einigend wirken. Da wäre etwa der gemeinsame Gegensatz aller germanischen und slawischen Völker und Staaten gegen das Ruffentum zu nennen. Oder auch das mitteleuropäische Gemeininteresse an freier Bewegung zur See, frei von britischer Willkürherrschaft, unter der gerade die jetzt neutralen Staaten so bitter leiden. Oder auch, ein ebenso materielles wie ideelles Ding, das Friedensbedürfnis ganz Mitteleuropas.

Jedenfalls aber: machen wir uns Bahn für einen Staatsgedanken, der sich erhebt über den Nationalismus. Der Nationalismus wirkt in Zukunft zersplitternd, nicht einigend; und nur ein einiges Mitteleuropa, in dem doch alle seine Glieder frei sind, ohne Vorherrschaft eines einzelnen, wird auf die Dauer sich halten können gegen Ruffentum und gegen Engländerum.

